

Medieninformation

15.03.2017

Lohnungerechtigkeit auch 2017 in Brandenburg- konkrete Schritte zum Abbau gefordert

Eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit ist weiterhin nötig

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Day am 18. März fordert der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. eine neue gesellschaftliche Debatte über die Bewertung und Verteilung von Arbeit. Die vom Statistischen Bundesamt errechneten Bruttostundenlöhne der Frauen betragen im Jahr 2015 16,20 Euro, während Männer auf 20,59 Euro kamen. Damit liegt die Lohnlücke in Deutschland bei 21 Prozent. Der Equal Pay Day markiert symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke: Umgerechnet ergeben sich daraus 77 Tage, die Frauen 2017 umsonst arbeiten, weshalb das Datum des diesjährigen Equal Pay Days auf den 18. März 2017 fällt.

„Zwar ist der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen in Brandenburg mit 6,5 Prozent deutlich geringer als der bundesdeutsche Durchschnitt von 21 Prozent, aber Grund dafür ist das niedrige Lohnniveau in Brandenburg und die damit zusammenhängende fehlende Tarifbindung. Das Einkommen der Frauen und Männer liegt unter dem Durchschnitt des bundesweiten Einkommens von Frauen! Doch auch hier gilt: Berufe, in denen viele Frauen arbeiten, werden schlechter bezahlt; Frauen bleiben mehrheitlich in Teilzeitarbeit und Minijobs stecken und erwirtschaften dadurch kein existenzsicherndes Einkommen und keine eigenständige Altersvorsorge. Und Frauen übernehmen weiterhin unsichtbar und unentgeltlich einen Großteil der gesamten Breite von Sorge- und Pflegetätigkeiten von der Kindheit bis zum Alter. Das muss sich ändern“, so Susanne Feldkötter, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates.

Eine Verbesserung der Lohnentwicklung insgesamt würde auch für Frauen bessere Einkommen schaffen. Arbeitnehmerinnen, die zusätzlich noch Sozialleistungen zu ihrem Vollzeitjob beziehen, sollten in Brandenburg nicht mehr vorkommen. Notwendig sind deshalb Lohneinkünfte, die eine eigenständige Existenz sichern und Altersvorsorge für alle Frauen ermöglichen.

Ein auskömmliches Einkommen und auch eine gute Altersversorgung muss auch für Frauen, die häufig Erziehungsleistungen und Familienpflege übernehmen, genauso selbstverständlich sein, wie für die Männer die häufig während dieser Zeit das Familieneinkommen verdienen.

Während die Einen, häufig Frauen, weder von ihrer Lohnarbeit leben können sowie in Erwerbslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, arbeiten die Anderen, häufig Männer, zunehmend länger und verdichteter.

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Verena Letsch | Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

Internet: www.frauenpolitischer-rat.de | E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Darüber hinaus ist die Arbeitsteilung in Deutschland geschlechtsspezifisch verfestigt. Immer noch verbringen Frauen doppelt so viel Zeit mit der Hausarbeit und vier Mal so viel Zeit mit ihren Kindern als ihre männlichen Partner. Insgesamt leisten Frauen täglich 52 Prozent mehr unbezahlte Tätigkeit für andere als Männer. Deshalb sind es mehrheitlich Frauen, die neben ihrer Lohnarbeit Sorgeverpflichtungen übernehmen und bei längeren und flexibilisierten beruflichen Arbeitszeiten an die Grenzen ihrer Kräfte kommen.

Eine andere Debatte sollte ebenfalls über die Verkürzung der Normalarbeitszeit geführt werden. Diese würde den Frauen ganz direkt zu Gute kommen.

Sehr schwierig ist die Situation für Migrantinnen auch in Brandenburg. Sie werden als Frauen aufgrund des Gender Pay Gaps nicht nur schlechter bezahlt, sondern erfahren darüber hinaus rassistische Diskriminierungen am Arbeitsmarkt: Die Nicht-Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und schlechtere Bewerbungschancen aufgrund von strukturellem Rassismus verhindern ihre ausbildungsadäquate Beschäftigung. Sie sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und überproportional in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu finden.

Der Frauenpolitische Rat hat für ein gutes Leben für Frauen in Brandenburg folgende Forderungen:

- Überwindung der traditionell schlechteren Bewertung und prekären Ausgestaltung von sogenannten „Frauenberufen“
- Abschaffung des „Ehegattensplittings“
- Ausweitung des Entgelttransparenzgesetzes auf Betriebe für mehr als 10 Mitarbeiterinnen
- Abbau von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns als Lohnuntergrenze, weil Frauen besonders häufig von Niedriglöhnen betroffen sind
- soziale Absicherung aller Arbeitsverhältnisse, um alle Beschäftigten bei der Durchsetzung ihres Anspruches auf Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall u.v.a.m. zu unterstützen
- lebensverlaufsgerechte Arbeitszeiten, die Raum und Zeit für gesellschaftliche Teilhabe und Sorgearbeit lassen und ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten
- Neubewertung von Arbeit muss nicht nur nach einer betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungslogik gemessen werden, sondern auch an sozialen und ökologischen Werten
- Abschaffung der Restriktionen beim Arbeitsmarktzugang für geflüchtete Frauen und Männer
- Anerkennung der Qualifikationen und Ressourcen von Migrantinnen

Für Rückfragen steht Ihnen unsere Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Verena Letsch gerne zur Verfügung!

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Verena Letsch | Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

Internet: www.frauenpolitischer-rat.de | E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de